



Kern: Landesregierung soll den Lehrern den Rücken stärken

Der bildungspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Dr. Timm Kern**, sagte zur vom Verband Bildung und Erziehung (VBE) in Auftrag gegebenen forsa-Umfrage zur Gewalt gegen Lehrkräfte:

„Die FDP-Fraktion dankt dem Verband Bildung und Erziehung (VBE), dass er das wichtige Thema der Gewalt gegen Lehrerinnen und Lehrer aufgegriffen hat. Mit der vom Verband in Auftrag gegebenen Umfrage hat der Verband den entscheidenden Anstoß zu einer Diskussion gegeben, die aus unserer Sicht offen und offensiv zugleich geführt werden muss. Über 4 600 von insgesamt 115 000 Lehrerinnen und Lehrer in Baden-Württemberg wurden nach der Umfrage in den letzten fünf Jahren tätlich angegriffen. Von Fällen an der Schule, in denen Lehrkräfte körperlich angegriffen wurden, wussten im selben Zeitraum 13 Prozent der Befragten zu berichten. 53 Prozent der befragten Lehrkräfte gaben an, dass es an ihrer Schule in den vergangenen fünf Jahren Fälle von direkten Beschimpfungen, Bedrohungen, Beleidigungen, Mobbing oder Belästigungen. Diese Zahlen geben wahrlich Anlass zur Besorgnis. Wir Freien Demokraten unterstützen die Forderung des VBE, dass Gewalt gegen Lehrkräfte kein Tabu-Thema mehr sein darf und von gewalttätigen Übergriffen betroffene Lehrer die volle Unterstützung ihres Dienstherrn erhalten müssen. Dies gilt aus Sicht der FDP-Fraktion für die Landesregierung als obersten Dienstherrn der Lehrerinnen und Lehrer in besonderer Weise. Auch die Forderung nach klaren Strukturen, an die sich betroffene Lehrerinnen und Lehrer wenden können, zusammen mit entsprechenden Fortbildungsangeboten, verdient die Unterstützung durch die Politik. Gewalt gegen Lehrkräfte vorzubeugen, muss ein wichtiger Bestandteil der Gewaltprävention an den Schulen insgesamt sein. Eine Schlüsselrolle bei der Gewaltprävention spielen die Schulpsychologen bei den Staatlichen Schulämtern. Sie fungieren als zentrale Anlaufstellen für Schüler, Eltern und Lehrer, sind für die fachliche Betreuung der Beratungslehrer an den Schulen zuständig und organisieren Fortbildungen zur Gewaltprävention. Dass die Landesregierung unlängst erwog, Schulpsychologen-Stellen zu streichen, kann man sich nur durch eine Besorgnis erregende Praxisferne bei den grün-schwarzen Entscheidungsträgern erklären. Dabei hätten die Schulpsychologen eigentlich eine Stärkung verdient, zum Beispiel durch Entlastung bei Verwaltungsaufgaben. Die FDP-Fraktion fordert die Landesregierung und ihre Kultusministerin auf, nicht nur den Schulpsychologen nach Kräften den Rücken zu stärken, sondern auch den Lehrerinnen und Lehrern insgesamt, indem die Forderungen des Verbands Bildung und Erziehung zur Prävention von Gewalt gegen Lehrkräfte ernsthaft geprüft und wenn irgend möglich umgesetzt werden.“